

## Einbürgerungsanträge in Berlin und Co. steigen drastisch - Kritik von Union

Einbürgerungs-Anträge in Berlin und anderen Bundesländern steigen stark an nach Einführung des Ampel-Staatsangehörigkeitsrechts.

**NACHRICHTEN AG**  
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

### Zahl der Einbürgerungs-Anträge schießt in die Höhe

Nach der Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts durch die Ampel-Koalition Ende Juni, ist die Zahl der Einbürgerungs-Anträge in mehreren Bundesländern Deutschlands explodiert. Besonders bemerkenswert ist der Anstieg in Berlin, Hessen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein. Dies zeigt, wie tiefgreifend legislative Veränderungen das Einwanderungsverhalten beeinflussen können.

### Statistiken und regionale Unterschiede

Im Zeitraum von Ende Juni bis Ende Juli meldete das Berliner Landesamt für Einwanderung etwa 5.000 Anträge auf Einbürgerung. Verglichen mit den 1.707 Anträgen im selben Zeitraum des letzten Jahres, stellt das eine massive Zunahme von 193 Prozent dar. Auch in anderen Bundesländern sind ähnliche Trends zu beobachten.

In Hessen nahm die Zahl der Anträge um 27 Prozent zu, von 2.600 Anträgen im Vorjahreszeitraum auf 3.300 in diesem Jahr. Schleswig-Holstein verzeichnete ein Antragsplus von 38 Prozent, von 865 auf 1.193. In Hamburg wurden mehr als 2.000 Anträge gestellt, ein Anstieg um 76 Prozent im Vergleich zu weniger als 1.200 Anträgen im Vorjahreszeitraum. In Bremen stiegen die Anträge von weniger als 2.500 auf fast 3.500, was einem Zuwachs von 41 Prozent entspricht.

## **Politische Reaktionen und Kritik**

Die Erhöhung der Einbürgerungs-Anträge hat einige politische Kreise alarmiert. Besonders laut ist die Kritik von Vertretern der Unionsparteien. CSU-Innenpolitikerin Andrea Lindholz kritisierte die Ampel-Koalition, indem sie erklärte, dass der deutsche Pass „ein Stück weit entwertet“ worden sei. Sie bezeichnete die neuen Regelungen als „Turbo-Einwanderung“ und erwähnte, dass der Doppelpass ein Fehler sei.

Thorsten Frei, der erste parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, betonte die Wichtigkeit, dass die Staatsbürgerschaft das Ergebnis einer erfolgreichen Integration sein sollte. Er äußerte Bedenken angesichts der stark verkürzten Wartezeiten und zweifelte daran, dass die neuen Regelungen der Ampel-Koalition diesem Prinzip gerecht würden.

## **Einfluss auf die Gemeinschaft und zukünftige Maßnahmen**

Die rapide Erhöhung der Einbürgerungs-Anträge zeigt nicht nur den unmittelbaren Einfluss neuer Gesetze auf das Einwanderungsverhalten, sondern könnte auch tiefgreifende Auswirkungen auf die betroffene Gemeinschaft haben. Eine steigende Zahl von Einbürgerungen kann die Integration fördern, indem sie den Menschen volle Bürgerrechte und damit bessere Teilhabemöglichkeiten ermöglicht. Dies könnte langfristig sowohl die gesellschaftliche Integration verbessern als auch die Demokratie stärken.

Die Politik könnte künftig solche Anstiege verhindern, indem sie Gesetze verabschiedet, die eine balancierte Einwanderung ermöglichen. Ein rigoroser Integrationsprozess, der Sprachkenntnisse, berufliche Qualifikationen und gesellschaftliches Engagement abfragt, könnte dazu beitragen, dass die Einbürgerung den Abschluss einer gelungenen Integration darstellt. Darüber hinaus sollten kontinuierliche Maßnahmen zur Förderung der Integration, wie Sprachkurse und gesellschaftliche Programme, verstärkt werden.

Insgesamt zeigt der Anstieg der Einbürgerungs-Anträge die Notwendigkeit einer kontinuierlichen und ausgewogenen Diskussion über Integrations- und Einwanderungspolitik in Deutschland. Nur durch eine solche wird es möglich sein, sowohl den Bedürfnissen der Einwanderer gerecht zu werden als auch die Stabilität und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu bewahren.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**